

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gemeinl. Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollesamt Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 82.

N. 65.

Donnerstag, 18. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und festliche Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig (bzw. 2,40 Mark durch Post). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feite Tarife. Gewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Unentgeltliche Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Finale.

Das Spiel ist aus. Des Völkerbundes Schwanengesang ist verhallt. Der Vorhang ist gefallen und verdeckt schamvoll in Gebrüll von Stangen und Klüssen, einen Trümmerhaufen, von dem mit wankenden Knien ein halbes Dutzend Staatsmänner in ihre Ministerkrisen eilen. Die Zeit wird Diktand schaffen. Man wird fest, nachdem das Auferstehen in Genf „geläutert“ ist, mit etwas mehr Ruhe und Klarheit der neugeschaffenen Situation ins Gesicht schauen können. Was die letzten Tage uns zeigten, war das Sterben eines Gedankens, der kein Gedanke war, war der Zusammenbruch einer Idee, die etwas verhießen sollte, was dieser Idee diametral gegenüberstand. Der Völkerbund hat sich nur vertagt. Damit hat er befunden, daß er noch weiter leben will. Aber seine Idee hat er zu Grabe getragen.

Man wird jetzt die Frage nach der Schuld stellen, oder vielmehr nach dem Schuldigen. War es wirklich Mello Franco, der das Fiasko brachte? War es Polen mit seiner unerschütterlichen Forderung? Waren es die gewissenlosen Adokaten eines Briand? Oder es das Verbrechen Chamberlains, das hinter dem Rücken Luthers und Stresemanns schon in Locarno dem alten Versailler Vertrag gegeben wurde? War es die kleine Entente, Mussolini?

Nein, dies alles waren nur Symptome, die letzten Erscheinungen einer Krankheit, die im innersten Herzen dieses sogenannten Völkerbundes wucherte. Nicht das Veto des bis zur Bewusstlosigkeit aufgeschlafenen, vor Nichtigkeit eritternden Mello Franco oder das Nichtaufstehen des im Urwalde verschwundenen Präsidenten der brasilianischen Republik war es, das dieses Fiasko brachte. Eine kleine Erschütterung war dies nur. Aber sie genügt, den Bau zusammenzutragen zu lassen.

Als sich die Absicht kundgab, in den Völkerbund einzutreten, wurden in Deutschland viele Stimmen laut, die warnten. Die Warnung verlief im Grunde. Man wollte ihr nicht Rechnung tragen, weil sie aus Frottel kam, die seit dem Versailler Schmachfrieden nicht mehr an Völkerverständnis und Einkehr von Vernunft bei unseren Gegnern glaubten. Auch die, die früher anderen Sinnes waren und den Völkerbund als die gegebene Institution ansehen, die Selbstbeherrschung zu verschaffen, haben sich heute bekehrt. Es gibt im Augenblick in unserem lieben Deutschland keinen Menschen mehr, der diesem Völkerbund, wie er heute seine Fortsetzung ist, noch einen Pfennig schenken würde. Zu fraß und zu augenscheinlich hat er die nackte Wahrheit verraten. Hat er es zu seiner Schande eingestanden, daß er nur ein Bund der Siegernationen ist, eine Varianteversicherung für einen Friedensschluß, der allen Völkern der Vernunft Dohn spricht. Ein Bund, der eine ganze Welt einspannen wollte in den Gedanken, daß es einen Weltfrieden gibt und einen endgültig Erdrosselten. Ein gütliches Gesicht hat uns im letzten Augenblick davor bewahrt, daß wir, die Opfer, uns ans Messer lieferten. Leider müssen wir es sagen, diese Rettung im letzten Augenblick war keine Leistung einer deutschen Diplomatie, eines festen, unbedingten deutschen Willens. Die Rettung brachte der kleine, schwarze Mann aus den brasilianischen Urwäldern. Die Motive, die ihn zu dieser Tat trieben, können uns gleichgültig sein. Also, wir haben ihm zu danken.

Der Völkerbund von Genf ist tot. Sollen wir jetzt rufen: es lebe der Völkerbund? Vielleicht. Die Idee, die uns bisher gelehrt wurde, der Gedanke, den man dem Genfer Gebäude aufs Dach setzte, ist gut. Er ist so vorzüglich, daß man wünschen könnte, er würde sich verwirklichen. Das eiserne Gefäß der Wirtschaft, die Europa und alle Welt umspannt, drängt hierzu. Aber zu einem Bunde, der aufrecht ist auf der gesunden Grundlage einer Weltvernunft, nicht auf einem papierernen Zeichen, den man Versailler Friedensvertrag nennt. Das wäre der Völkerbund, den wir anerkennen würden, dessen Struktur und dessen Bau so festgelegt wäre, daß Erschütterungen, wie sie die letzten Tage zeigten, spurlos an ihm vorübergegangen wären. In ein solches Völkerbundsgebäude würden wir freudig einziehen. Wähten wir einziehen, denn das wäre eine Voraussetzung seines Bestehens.

Wird ein solcher Völkerbund kommen? Wir wagen es nicht zu hoffen. Die vielen Enttäuschungen geben wenig Kraft zur Zuversicht. Und doch — an seine Verwirklichung möchte man glauben. Es gab in Genf einige Momente, da war man der Wahrheit nahe. Nicht nur in Worten, sondern auch in tiefster, innerlichster Einfühlung. Chamberlain hat in der letzten Vollversammlung Worte gesprochen, die von einer Ergriffenheit zeugten. Wir glauben nicht, daß diese Worte nur Pathos, nur Geste, nur Ballast waren, Ballast für Wunden, die man uns schlug. Chamberlains Niederlage war zu groß, zu niedererschütternd. Sie muß ihn lehren, daß er sich auf einem falschen Weg befand. Ob er je Gelegenheit haben wird, seine Schuld wieder gut zu machen, das müssen wir angesichts der Stimmung in England beweisen. Aber schließlich ist es nicht Chamberlain allein, der diesen Schlag erteilt, auch die enalische Politik mußte den Hieb verspüren. Diese sind manchmal sehr heilsam.

Luther und Stresemann werden morgen dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Wie wird sie Berlin empfangen? Vorberedungen können wir nicht gut aufstellen. Triumpfhöhen wären ein bitterer Dohn. Auch wissen wir nicht, ob wir mit Worten des Lobes und einer rückhaltlosen Bewunderung allen freigeschlagen sein müssen. Aber ein Gegenstand wäre verfehlt. Denn schließlich sind wir ja aus der ganzen Sache mit einem blauen Auge davongekommen. Der Effekt ist die Hauptsache. Was ihn schließlich brachte, ist der letzte Endes gleichgültig. Aber trotzdem, unsere deutschen Delegierten werden ihre Völkerbundsbegeisterung trüglicherweise

Der Schluß der Genfer Tagung.

Empfang der deutschen Presse durch Luther und Stresemann.

Genf. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfingen gestern nachmittags die in Genf anwesenden Vertreter der deutschen Presse vor der Abreise der Delegation.

Reichskanzler Dr. Luther knüpfte an die Worte Briands, er an die in Genf anwesenden Vertreter der deutschen Presse ausgesprochen hatte, an, die haben, so führte er aus, bezüglich unserer Anmeldung beim Völkerbund zwei Ausgangspunkte. Der erste hängt mit dem Wort Machdonalds vom Herbst 1924 über den „leeren Stuhl“ zusammen. Auf unsere damalige Anfrage bei den zehn Mächten des Völkerbunds wurde uns der ständige Ratssitz zugesichert. Brasiliens Antwort, die jetzt veröffentlicht wurde, war bei der großen politischen Aktion nicht nur moralisch, sondern auch juristisch im Rahmen der gesamten Aktion bindend. Deutschland war daher durchaus berechtigt, sich auf diese Antworten zu stützen und seinen Ratssitz als gesichert anzusehen. Der zweite Ausgangspunkt hängt mit dem deutschen Februar-Memorandum zusammen. Dieses enthält eine Anregung bezüglich des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund nicht. Erst im Juni wurde eine solche von Frankreich zugleich namens seiner Alliierten verlangt und deutscherseits unter den Voraussetzungen, die sich aus dem im Herbst 1924 erhaltenen Antworten der Ratssitz ergeben, zugesagt. Dann kam der Vertrag von Locarno zustande. Er ist juristisch noch nicht, insofern politisch wirksam geworden. Unbeschadet ihres Ausmaßes ist die Tatsache des Eintrittens von sogenannten Nachwirkungen unbestreitbar. Demgemäß heißt die Verpflichtung des gestrigen Kommuniqués, Locarno weiter wirken zu lassen, eine bedeutungsvolle Kundgebung dar.

Der Kanzler verwies dann darauf, daß wir erst nach Abschluß des Eintrittsantrages die Ansprüche anderer Mächte vernommen haben, aber daß offenbar vorher bereits Bindungen bestanden haben, die uns unbekannt waren. Das Festhalten an den Grundprinzipien, mit denen wir nach Genf kamen, war deshalb unumgänglich notwendig, weil unsere ganze Vorbereitung für Locarno auf diesem Gedanken aufgebaut war. Der Kanzler verwies darauf, daß in seiner Hamburger Rede die Details der Genfer Entwicklung nicht vorweggenommen werden konnten, doch habe der Inhalt dieser Darlegungen bedeutet, daß weder eine Vergrößerung noch eine wesentliche Kräfteverschiebung im Rat von Deutschland zugelassen werden konnte. Deshalb war a. B. der Vorschlag, Schweden im Rat durch Polen zu ersetzen, unmöglich, der letzte Versuch aber, der Ersetzung zweier Mächte durch zwei andere, wesentliche, gleichbedeutende vorlag, tragbar. Spaniens angeknüpftig Verhalten — Zustimmung zu dem deutschen Ratssitz und eigene Zurückziehung von Mitarbeitern im Völkerbund — war allerdings schon ein höchst unangenehmes Ereignis gewesen. Die Ablehnung Brasiliens indes hat wie ein Naturereignis gewirkt. Sie war im höchsten Grade schwerwiegend und wurde von der Versammlung des Völkerbundes als eine außerordentliche Schädigung empfunden. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Verhütung von solchen Zwischenfällen hätten nach Lage der Dinge jedenfalls nicht den deutschen Teilnehmern obliegen. Die völlige Einigkeit der Locarnomächte, die einstimmige Zustimmung der übrigen erhalt aber für uns die Aufgabe, auch in der Völkerbundsrichtung entschieden weiterzuarbeiten und den Stand der Dinge so zu betrachten, daß wir uns bemühen, zum Segen für das deutsche Volk eine Entwicklung zu fördern, die uns im weiteren Verlaufe doch noch als Mitglied in den Völkerbund und in den Rat führt.

Abreise der deutschen Delegation aus Genf.

Genf. Die deutsche Delegation hat gestern abend 8 Uhr im Sonderzug die Rückreise nach Deutschland angetreten. Vor ihrer Abreise empfing sie noch die Besuche verschiedener Delegationen der Völkerbundsversammlung, darunter den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek, des italienischen Ratssitzes Scialoja und des polnischen Ministerpräsidenten Grafen Strzyński.

Die Stimmung im Reichstag.

Berlin. Nach einer Mitteilung einer demokratischen Zeitungskorrespondenz beurteilen die Regierungsparteien das Ergebnis der Genfer Tagung wesentlich anders als die Deutschnationalen. Durch die gemeinsame Erklärung

revidieren müssen. Daß sie es tun werden, darüber hegen wir keinen Zweifel. Aus dem Genfer Reinigungsbad kehrt feiner ungeheilt zurück.

Die Regierungserklärung Briands.

Paris. (Zuspruch.) Gestern abend traten die Minister zusammen, um sich mit der heute im Parlament zu verlesenden Regierungserklärung zu beschäftigen. Diese Erklärung wird vom Parlament die unerlässliche Annahme der Gelegentwäre für die Finanzsanierung und den Budgetausgleich fordern, letzter Rückde zur Arrondissementswahl, Ausnahme des Wechsentwurfs über das Wohnungsweisen, Reorganisation des Meeres, soziale Versicherungen usw. Hinsichtlich der auswärtigen Politik wird

der Locarnomächte sei die Sicherheit für die Fortführung der einmal eingeleiteten europäischen Friedenspolitik gegeben. Im einzelnen werde noch schärflicher sein, ob und in welchem Umfange die Auswirkungen der Locarno-Verträge weiterlaufen. Die Regierungsparteien glaubten mit gutem Grunde, eine geschlossene Front zur Verteidigung der bisherigen außenpolitischen Linie einnehmen zu können. In dieser Beziehung würden sie, wie es in der Mitteilung der Korrespondenz heißt, auch mit der Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen können. Vor der außenpolitischen Debatte im Reichstagsplenum dürften vertrauliche Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler und dem Außenminister stattfinden, in denen die Fraktionen über die Einzelheiten der Genfer Verhandlungen unterrichtet werden sollen.

Im Gegensatz zu der Auffassung der demokratischen Korrespondenz steht eine Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wonach bei den Regierungsparteien die Stimmung nicht einheitlich sei. Auf dem rechten Flügel des Zentrums, bei der Deutschen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei herrsche Verwirrung über die Genfer Vorgänge. Auch das Blatt kündigt Besprechungen der Parteiführer mit der Delegation an.

Die letzten Besprechungen Briands und Stresemanns.

Paris. Der Davaaberichterstatter in Genf meldet: Stresemann und Briand haben bei ihrer letzten Zusammenkunft in Genf Fragen der künftigen Außenpolitik erörtert. In der Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund werden England und Frankreich, wenn der Vorschlag des japanischen Delegierten nicht auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Reorganisation des Völkerbunds ratifiziert werden sollte, beantragen, daß Deutschland in dieser Kommission vertreten sei, da dies das sicherste Mittel sei, die Wiederkehr von Ereignissen, wie in dieser letzten Tagung, zu vermeiden. Was die Rückwirkungen von Locarno anlangt, so ist kein Grund vorhanden, diese Politik der wirtschaftlichen und politischen Rückwirkungen des Abchlusses des Vertrages von Locarno nach den Ereignissen von Genf nicht fortzusetzen. Briand und Stresemann sind, so scheint es, entschlossen, nicht länger zu warten, die Schiedsgrundlagen, die den wesentlichen Bestandteil der Abmachungen von Locarno bildeten, auf die Beziehungen der beiden Länder in Anwendung zu bringen.

Englische Auffassung des Mißerfolges.

London. (Zuspruch.) Machdonald bezeichnet in einer Unterredung die Verwicklung der Genfer Verhandlungen als einen Fehlschlag erster Größe. Es sei noch zu früh, um zu sagen, welches die Rückwirkungen z. B. in Deutschland sein werden. Das Ansehen Englands sei in Genf mehr vermindert worden. Willst du Unterhaus sei es, das Ansehen wieder zu heben. In dieser Frage dürfe es keine Parteilichkeit geben.

Times berichtet aus Genf, man erwarte, daß Deutschland an der Kommission zur Erörterung der künftigen Verlesung des Völkerbundes teilnehmen werde. In einem Leitartikel schreibt das Blatt, die seit vielen Tagen ins Werk gesetzten Intrigen hätten sowohl die Anhänger als auch die Gegner des Völkerbundes angefeuert.

Der Vorsitzende der Völkerbundsunion Gilbert Murray erklärte in einer Ansprache, es sei ein politischer Fehler erster Größe, Deutschland dem Völkerbunde fernzuhalten.

Abreise Briands aus Genf.

Paris. Ministerpräsident Briand verließ wie Davao mittelst, gestern abend 7 Uhr Genf und traf heute früh 6 Uhr in Paris ein.

Chamberlain über Deutschlands Haltung.

London. Reuters meldet aus Genf: Chamberlain betonte in einer Unterredung mit britischen Journalisten, daß das in Locarno begonnene Werk der Wiederherstellung erhalten geblieben und verstärkt worden sei. Er sprach ferner sein Bedauern darüber aus, daß er persönlich in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung nicht auf die würdige Haltung Bezug genommen habe, mit der Deutschland der Krise gegenüber trete, auf die es nicht vorbereitet war. Chamberlain sagte, er beneide Briand um seine Bemerkungen über diesen Punkt!

Demission der tschechischen Regierung.

Prag. Gestern abend um 8 Uhr fand unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Minister Bedone, eine Sitzung des Ministerrates statt. Nach der Sitzung gab das Kabinett seine Demission.